



Antrag

der Abgeordneten des SSW

Steuern und Abgaben senken, damit das Leben im Norden bezahlbar bleibt

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag stellt fest, dass die Kosten für Mobilität, Heizen, Strom und Lebensmittel überdurchschnittlich stark gestiegen sind und diese von Menschen mit kleinem und mittlerem Einkommen sowie von Beziehern von Sozialleistungen kaum noch zu tragen sind. Deshalb ist es unabdingbar, dass das Preisniveau in diesen Bereichen durch die Senkung von Steuern und Abgaben wieder auf das Vorkrisenniveau gebracht wird.

Einer begrenzten Gruppe jeweils mit pauschalen und zeitbegrenzten Zuschüssen oder der Erhöhung der Pendlerpauschale zu helfen, löst das Grundproblem nicht. Eine schnelle unbürokratische Abhilfe kann im Bereich von Mobilität, Heizen und Stromkosten nur gelingen, wenn Steuern und Abgaben auf Kraftstoffe (Benzin, Diesel, Gase), Heizstoffe (Heizöl und Gase) und Strom gesenkt werden.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert daher die Landesregierung auf, sich für eine Senkung von Steuern und Abgaben auf Kraftstoffe (Benzin, Diesel, Gase), Heizstoffe (Heizöl und Gase) und Strom einzusetzen.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert weiter die Landesregierung auf, sich für eine Senkung der Mehrwertsteuer auf Kraftstoffe (Benzin, Diesel, Gase), Heizstoffe (Heizöl und Gase), Strom und Lebensmittel auf den ermäßigten Mehrwertsteuersatz einzusetzen.

Begründung:

Der Staat kann die Kostenanstiege bei Mobilität, Heizen, Strom, Lebensmittel und Wohnen für alle ausgleichen, in dem Steuern und Abgaben gesenkt werden. Eine solche Senkung der Steuer- und Abgabenlast würde nicht nur Menschen entlasten, die auf Sozialtransfers angewiesen sind, sondern auch die, die oberhalb dieser Grenzen liegen und trotzdem schwer unter den Preisanstiegen zu leiden haben. Zudem wäre eine solche Maßnahme schnell und unbürokratisch umzusetzen.

Dadurch, dass die Preise steigen, steigen entsprechend auch die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer. Es ist nicht zu rechtfertigen, dass der Staat hier erhebliche Mehreinnahmen hat und gleichzeitig die Bevölkerung über Gebühr belastet wird.

Lars Harms
und die Abgeordneten des SSW